

9/SN-153/ME

AMT DER  
VORARLBERGER LANDESREGIERUNG

PrsG-4176

Bregenz, am 24.10.1988

An das  
Bundeskanzleramt  
  
Radetzkystraße 2  
1031 Wien

|          |               |
|----------|---------------|
| Betrifft | GESETZENTWURF |
| Zl.      | 66 - GE/9 88  |
| Datum:   | 7. NOV. 1988  |
| Verteilt | 08. Nov. 1988 |

*Dr. Alsch-Karant*

Betrifft: Bundesgesetz über den Verkehr mit Arzneimitteln für Tiere,  
Entwurf, Stellungnahme  
Bezug: Schreiben vom 30. August 1988, GZ. 71.400/11-VII/10/88

Zum übermittelten Entwurf eines Bundesgesetzes über den Verkehr mit Arzneimitteln für Tiere wird wie folgt Stellung genommen:

Die Absicht, die Kontrollmöglichkeiten bezüglich Arzneimittel für Tiere zu verbessern, ist zu unterstützen. Im Ausland bekanntgewordene Mißbräuche bei der Verwendung solcher Arzneimittel rechtfertigen entsprechend verschärfte Regelungen im Inland.

Im einzelnen ergeben sich zum Entwurf folgende Bemerkungen:

Zu den §§ 2 und 3:

Diese Bestimmungen machen die Herstellung sowie die Einfuhr von Arzneimitteln für Tiere von einer Bewilligung des Bundeskanzlers abhängig. Für eine Zuständigkeit des Bundeskanzlers dafür wird keine Notwendigkeit gesehen. Dies würde zu außerordentlichen Erschwernissen vor allem bei der Einfuhr von Arzneimitteln für Tiere führen.

Das Arzneiwareneinfuhrgesetz, das von den Bestimmungen dieses Gesetzentwurfes ausdrücklich unberührt bleiben soll, macht für ähnliche Tatbestände die

Einfuhr von einer Unbedenklichkeitsbescheinigung abhängig, zu deren Erteilung die Landeshauptmänner ermächtigt sind (Verordnung BGBl. Nr. 120/1972 aufgrund des § 4 Abs. 2 des Arzneiwareneinfuhrgesetzes).

Eine daran orientierte Regelung, daß die Landeshauptmänner für die Erteilung von Bewilligungen oder allenfalls von Unbedenklichkeitsbescheinigungen für die Herstellung und die Einfuhr von Arzneimitteln für Tiere zuständig sind oder im Ermächtigungswege zuständig werden können, würde für zweckentsprechender angesehen.

Zu den §§ 5 und 6:

Die an die Tierärzte gerichtete Bestimmung des § 5 wird begrüßt. Es wird jedoch eine entsprechende Bestimmung vermißt, welche die mißbräuchliche Verwendung von Tier-Arzneimitteln auch durch Laien verbietet. Der Entwurf geht offenbar davon aus, daß solche Arzneimittel nur auf Verschreibung durch Tierärzte verwendet werden, was nicht angenommen werden kann.

Abgesehen von einer nach solcher Art vorzusehenden Verpflichtung sollte ebenfalls die mißbräuchliche Anwendung von Tier-Arzneimitteln in die Straftatbestände des § 6 aufgenommen und auch der Versuch für strafbar erklärt werden.

Für die Vorarlberger Landesregierung:

gez. Dr. Guntram Lins  
L a n d e s r a t

- a) Allen  
Vorarlberger National- und Bundesräten
- b) An das  
Präsidium des Nationalrates  
1017 W i e n  
(22-fach)  
im Sinne des Rundschreibens des Bundeskanz-  
leramtes vom 24. Mai 1967, Zl. 22.396-2/67
- c) An das  
Bundeskanzleramt - Verfassungsdienst  
1010 W i e n
- d) An alle  
Ämter der Landesregierungen  
z.Hd.d. Herrn Landesamtsdirektors
- e) An die  
Verbindungsstelle der Bundesländer  
beim Amt der NÖ. Landesregierung  
1014 W i e n
- f) An das  
Institut für Föderalismusforschung  
6020 I n n s b r u c k  
zur gefl. Kenntnisnahme.

Für die Vorarlberger Landesregierung:  
Der Landesamtsdirektor:

gez. Dr. E n d e r

F.d.R.d.A.

*Kufbauer*